



Bild: Rat für Nachhaltige Entwicklung, Fotograf: Dirk Enters

Liebe Freundinnen und Freunde,

fast die Hälfte der Wahlperiode ist bereits vergangen und ich muss feststellen: Es ist eine ziemliche Herausforderung gegen eine 80-Prozent-Mehrheit Opposition zu machen, wenn wir Grünen meistens die Einzigen sind, die die fachliche Arbeit in den Mittelpunkt stellen, statt auf Krawall zu setzen.

Das große Thema: PKW-Maut

Im vergangenen Jahr hat mich vor allem eine ziemlich schräge Idee aus Bayern auf Trab gehalten: Die Ausländer-Maut kam als Wahlkampfhit der CSU in den Koalitionsvertrag und wurde dann von der Mehrheit der großen Koalition im Bundestag durchgedrückt. Gegen unseren heftigen Widerstand und gegen den Rat fast aller Experten. [Auf meine Initiative hin untersuchte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, ob die Pläne vereinbar mit europäischen Grundsätzen sind.](#) Die Aussagen waren ziemlich eindeutig: Es kann keine diskriminierungsfreie Diskriminierung geben. Wer nur Ausländer abkassieren möchte verstößt gegen fundamentale Rechte eines gemeinsamen Europas. Die sind dem Verkehrsminister offensichtlich herzlich egal, solange das alles am Stammtisch ankommt.

Dennoch: Verkehrsminister Dobrindt musste einige Kunststücke vollführen, damit die Diskriminierung von Ausländern nicht zu offensichtlich wurde. Herausgekommen ist schließlich ein bürokratisches Ungetüm, bei dem Milliarden hin- und hergeschoben werden – und bis heute unklar ist, ob nach Abzug der Kosten überhaupt ein nennenswerter Betrag übrig bleibt. Über mehrere Monate habe ich das Ministerium mit Fragen dazu genervt und es war unglaublich, welches Staatsgeheimnis daraus gemacht wurde. [Bis heute fehlt eine schlüssige Berechnung der möglichen Einnahmen.](#) Ziemlich blank stand die Regierung vor dem Haushaltsausschuss, als die eingeladenen Experten Dobrindts Prognosen zerpflückten.

Der Bundesrat kann das alles jetzt nur noch verzögern, dann werden die Gerichte sprechen. Das wahrscheinlichste Szenario: Bevor es zu einer Verurteilung Deutschlands vor dem Europäischen Gerichtshof

Valerie Wilms

kommt, wird die gesenkte KFZ-Steuer für deutsche Fahrzeughalter geändert oder vollständig zurück genommen. Dann zahlen alle eine PKW-Maut. Um schnell etwas zu ändern und den Verfall der Straßen aufzuhalten, gäbe es einen viel einfacheren Weg: [Die Ausweitung der LKW-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen sowie alle Straßen](#). Aber das war der Groko zu einfach – und wurde abgelehnt.

Grünes Konzept: Eine Infrastrukturgesellschaft für Straßen

Wir alle kennen den Zustand unserer Straßen und das Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Land. Kaum einer blickt noch durch, es wird weiterhin viel zu viel neu geplant und begonnen, während das Bestehende mangelhaft erhalten wird. In einem langen Prozess haben sich die grünen Verkehrspolitiker der Bundestagsfraktion mit den Problemen beschäftigt und diese mit Länderkollegen, Experten und Verbänden diskutiert. [Im März haben wir schließlich ein Konzept vorgelegt](#): Wir wollen eine grundlegende Reform für Planung, Finanzierung und Instandhaltung von Verkehrswegen und eine nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien organisierte Infrastrukturgesellschaft für die Bundesfernstraßen etablieren, die den Erhalt in den Mittelpunkt stellt.

Bundesverkehrswegeplan: Weiter wie bisher?

Noch 2015 soll er stehen: Der langfristige Plan für Straßen, Schienen und Wasserstraßen des Bundes. Tausende Projekte wurden eingereicht und werden nun im Bundesverkehrsministerium geprüft. Es ist leider abzusehen, dass auch der neue Plan nicht viel besser sein wird als der alte. Das Ministerium hütet alle Details bis zur Veröffentlichung im Herbst. Damit möglichst viele Projekte weiter im politischen Spiel bleiben, wird es wohl keine neue Priorisierungsstufe geben. Hier werden wir ganz genau hinsehen und alles versuchen um von der alten unbrauchbaren Wunschliste wegzukommen.

Kapitänsausbildung: Vor dem Aus?

Als Berichterstatterin der Fraktion für maritime Themen haben mich die Probleme bei der Ausbildung deutscher Kapitäne sehr beschäftigt. Die maritime Ausbildung an der deutschen Küste könnte vor dem Aus stehen. Reihenweise brechen den Seefahrt-Studiengängen die Studienanfänger weg und es werden kaum noch neue Absolventen an Bord angestellt. [Daher haben wir im Bundestag einen Antrag eingebracht, mit dem wir Lösungen zum Ende der maritimen Ausbildungskrise vorschlagen](#).



Hafenkooperation: Hamburg muss Zeichen der Zeit erkennen

Im März kündigte die Reederei Maersk an, womit ich schon seit Jahren rechne: Obwohl der Hamburger Hafen der wichtigste Umschlagplatz Deutschlands ist, setzen große Reedereien in Zukunft immer mehr auf den Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. Der Grund: selbst mit der noch immer nicht begonnenen Elbvertiefung werden Schiffe der nächsten Generation in Hamburg immer schwieriger abgefertigt werden können, weil sie einfach zu groß geworden sind. Hamburg muss jetzt endlich mit den anderen Häfen kooperieren, wenn es nicht langfristig verlieren will. [Grüne Hafenpolitikerinnen und -politiker haben dazu einen fundierten Vorschlag gemacht.](#)

Nachhaltige Stadtentwicklung

Wo Menschen leben und arbeiten, entscheidet sich die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Städtebauförderung muss deswegen viel mehr über die Raumplanung eine sparsame und effiziente Flächennutzung berücksichtigen und damit die Artenvielfalt, den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie den Klimaschutz und die erneuerbaren Energien in den Fokus nehmen. [Die Bundestagsfraktion beschäftigt sich intensiv mit dem Thema](#) und der [Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat im März Vorschläge zur Nachhaltigen Stadtentwicklung gemacht.](#)

Hier findet ihr [Anträge](#), [Reden](#) und [Anfragen](#)

Für Fragen und Anregungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Viele Grüße





Liebe Freundinnen und Freunde,

das letzte Jahr war durch und durch spannend.

In meinem Verantwortungsbereich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Koordinator des Arbeitskreis III unserer Bundestagsfraktion lagen Themengebiete, die die politischen Diskussionen im letzten Jahr immer wieder maßgeblich mitbestimmten und bei denen das Aufzeigen grüner Alternative zur merkel'schen, zutiefst großkoalitionären Politik wichtiger denn je war. Dies gilt genauso für die Flüchtlingspolitik, wie für die Auseinandersetzung um die Quote oder die Aufklärung des derzeitigen Überwachungs- und Geheimdienstskandals.

Unser Anspruch war es, die Große Koalition zu treiben, wo es nur ging, und gleichzeitig grüne Alternativen für eine tolerante, weltoffene und gerechte Gesellschaft aufzuzeigen. Das ist uns, das können wir ganz unbescheiden sagen, durchaus gelungen. So haben wir im vergangenen Jahr die inhaltliche Arbeit an grünen Konzepten und Ideen in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt und gleichzeitig immer wieder programmatische Lücken bei Union und SPD entlarvt.

Natürlich ist es an dieser Stelle nicht möglich, Euch einen tatsächlich umfassenden Überblick über meine Arbeit in Berlin und Schleswig-Holstein zu geben. Daher hier einige Hinweise auf Orte, an denen Ihr eine ganze Hülle an Infos zu meiner täglichen Arbeit als Euer Bundestagsabgeordneter findet.

Auf meiner Homepage www.von-notz.de findet Ihr zahlreiche Hintergründe zu meinen Veranstaltungen in Schleswig-Holstein und im Wahlkreis. Dort könnt Ihr auch in meine Newsletter eintragen. Auf unserem innen- und netzpolitischem Blog www.gruen-digital.de berichten wir in mittlerweile mehr als 1500 Artikeln tagesaktuell von unserer parlamentarischen Arbeit in Berlin. Dort findet Ihr auch alle von mir im Plenum gehaltenen Reden und von uns in den Bundestag eingebrachte Initiativen, genauso wie Hinweise auf unsere eigene Veranstaltungen, Interviews und Gastbeiträge, die ich regelmäßig schreibe.

Wie Ihr wisst bin ich auch in den sozialen Netzwerken äußerst umtriebig und freue mich immer darauf, mit Euch zu diskutieren. Gerne komme ich auch zu Euch in die Kreis- und Ortsverbände, um über unsere Arbeit zu berichten und mich mit Euch auszutauschen. Von der festen Fehmarnbelt-Querung bin zum Schutz unserer Bürgerrechte im Digitalen - mein Büro und ich bieten Euch dafür verschiedene Veranstaltungsformate an.

Da ich gerade Vater geworden bin, kann ich diesmal ausnahmsweise leider nicht beim Parteitag dabei sein, grüße Euch aber sehr herzlich und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen!

Herzliche Grüße

*Euer
Konstantin*



Unterwegs in Schleswig-Holstein

Je konkreter die Planungen, desto größer die Probleme: Der Staatsvertrag zur [Fehmarnbelt-Querung](#) muss nachverhandelt werden! Statt Parlament und Öffentlichkeit endlich reinen Wein einzuschenken, wiegelt die Bundesregierung ab. Sie wird die politische Verantwortung für alle absehbaren Kostensteigerungen allein tragen müssen. Wir bleiben am Ball und machen Merkel und Dobrindt weiter Druck, endlich die benötigte Transparenz herzustellen. Zuletzt mit einem aktuellen Bundestagsantrag, einem Brief ans [Folketing](#) und mehreren Vor-Ort-Besuchen.

Sie berühren fast all unsere Lebensbereiche: [TTIP](#) und Co. sind hochkomplex und werden auch weiterhin intransparent verhandelt. Unsere Position ist klar: Wir sind nicht per se gegen Freihandelsabkommen, im Gegenteil: Immer dann, wenn sie für eine tatsächliche Harmonisierung auf hohen Schutzniveaus sorgen, können sie ein echter Mehrwert sein. Doch dienen sie allein dazu, Unternehmensinteressen durchzusetzen und mühsam erarbeitete Schutzstandards auszuhebeln, sagen wir deutlich: „Nicht mit uns!“. Zu Veranstaltungen und Protestaktionen lud ich Fachleute ein, um zu informieren und deutlich zu machen „So nicht!“.

Rostende Fässer und offenkundige Absatzbewegungen der [Atom](#)konzerne – keine gute Nachrichten für die Gemeinden rund um die schleswig-holsteinischen AKWs. Mit meinem Hamburger Kollegen Manuel Sarrazin setzte ich auch in diesem Jahr meine Besuche zu Rückbau-Perspektiven fort, um Vattenfall zu signalisieren, dass wir nicht tatenlos zuschauen werden, wenn sich die Atomindustrie einfach aus dem Staub macht und die Bevölkerung mit ihren strahlenden Müll allein lässt.



Ein betroffener Schäfer, Jäger, Naturschützer, besorgte Anwohner und eine rammelvolle Hütte in meinem Möllner Büro: Die Debatte um die Rückkehr von Wildtieren wie dem [Wolf](#) muss rechtzeitig und offen mit allen Beteiligten geführt werden. Weder Verklärung noch Angstmache, sondern ein sachlicher Dialog über den richtigen Umgang ist gefragt. Wenn alle Seiten ins Gespräch gebracht und Schäfer wirksam unterstützt werden, ist der Blick auf die Chancen frei - für uns, die Natur und einen grünen Regionaltourismus.

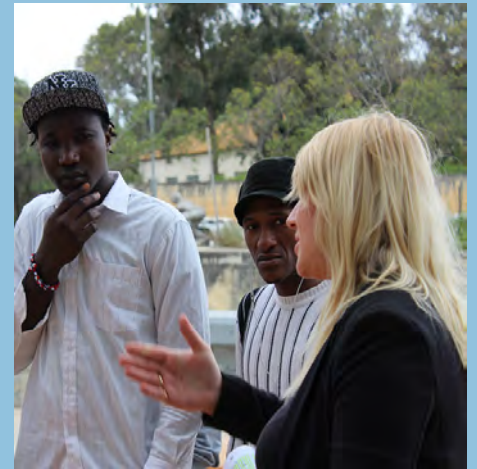
„Mit statt gegen die Natur“ – das war auch das Motto meines Besuchs mit Burkhard in [Römnitz](#). Hier soll auf Biegen und Brechen ein Bauprojekt durchgesetzt werden – direkt am Ufer des Ratzeburger Sees. Das spaltet die kleine Dorfgemeinschaft und besorgt Naturschützer. Wir hakten nach, denn reine Spekulationsprojekte wie hier und anderswo endeten zu oft als reine Investitionsruine und sind mit einem regionalverträglichen Tourismus nicht zu vereinbaren.

What's next?

Ganz anders das [grüne Band](#) entlang der innerdeutschen Grenze: Mit einer Veranstaltungsreihe und Touren erschließen, genauer erradeln wir uns 25 Jahre nach Mauerfall dieses Stück Geschichte – von Lübeck bis Lauenburg und zusammen mit unseren Nachbarn aus Mecklenburg und Niedersachsen. Das feiern wir am 4. Juli auf dem Kunstschiff in Boizenburg – Ihr seid herzlich eingeladen!



Luise Amtsberg



Bericht aus dem Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

rund 1.800 Menschen sollen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen allein in diesem Jahr ihr Leben bei ihrer Flucht über das Mittelmeer verloren haben. Bei der bisher tödlichsten Katastrophe Mitte April 2015 starben etwa 900 Flüchtlinge vor der libyschen Küste. Als Grüne Bundestagsfraktion haben wir versucht, das Thema auf die Tagesordnung zu holen und Innenminister, sowie die Kanzlerin davon zu überzeugen, auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs für legale Einreisewege zu werben. Leider erfolglos. Statt einer echten und lediglich auf Seenotrettung ausgerichteten Mission, die europäisch getragen und finanziert wird, bleiben die europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrer Frontex-Politik. So erhalten die Missionen Triton und Poseidon mehr Geld, sie dienen aber weiterhin in erster Linie dem Grenzschutz, nicht der Rettung von Menschenleben. Auch die einseitige Fokussierung auf den Kampf gegen Schlepper wird der Dramatik nicht gerecht. Die Minister haben scheinbar nicht verstanden, dass das Fehlen legaler Wege in die EU das Geschäft von Schleppern überhaupt erst lukrativ macht. Auf die Situation auf dem Mittelmeer muss in erster Linie mit humanitären Maßnahmen, wie der Stärkung legaler Einreisewege, reagiert werden.

Mehr erfahren über meine Arbeit könnt Ihr auf meiner Website www.luise-amtsberg.de oder in meinem regelmäßigen Newsletter. Tragt Euch gern ein unter luise-amtsberg.de/newsletter.

Neben meiner politischen Arbeit möchte ich Euch darüber informieren, dass ich ab Mai aufgrund der Geburt meines ersten Kindes in den Mutterschutz gehe. Mein Team arbeitet weiter und steht Euch für alle Fragen, Infos und Belange auf den gewohnten Kontaktwegen zur Verfügung.

Eure Luise

Flüchtlingspolitik

Seit Wochen streiten Bund, Länder und Kommunen über die Verantwortungsteilung bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Wir wollen, dass Kommunen wieder Handlungsspielraum erhalten und fordern den Bund in unserem Antrag auf, endlich die Sprachkurse für alle Schutzsuchenden zu öffnen. Darüber hinaus wollen wir, dass die Erstaufnahme von Flüchtlingen durch den Bund finanziert wird. Den Antrag findet Ihr unter: <http://gruenlink.de/xv>

Bundestagsantrag
Faire Verantwortungsteilung
zwischen Bund,
Land & Kommunen

Die Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage zur Projektförderung nach dem Asyl- und Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zeigt, dass die Mittel angesichts der offenkundig großen Bedarfe – hinten und vorne nicht ausreichen. Insbesondere die Schwerpunkte Asyl und Zuwanderung und Integration sind zu rund 300% überzeichnet. Die Kleine Anfrage findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/xvw>

Kleine Anfrage
zur
EU-Förderpolitik
(AMIF)

Seit Beginn dieses Jahres dürfen Flüchtlinge deutlich früher eine Beschäftigung aufnehmen. Klar ist aber, dass diese arbeitsmarktpolitische Lockerung nur dann Erfolg verspricht, wenn der Zugang zu Sprache gewährleistet wird. Die Antworten auf meine Kleine Anfrage aber sind ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Sie offenbart, dass sie nicht gewillt ist, die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Verbesserung der Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt umzusetzen. Trotz steigender Flüchtlingszahlen kürzt sie die Mittel zur Sprachförderung. Die Kleine Anfrage findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/xvx>

Kleine Anfrage
zur
Arbeitsförderung
von Asylsuchenden

Kontingente sind ein sicherer Weg, nach Europa zu gelangen. Weil die Schutzquote von syrischen und irakischen Flüchtlingen in Deutschland sehr hoch ist, habe ich die Bundesregierung aufgefordert, die Kontingente zu erhöhen, Erleichterungen bei der Familienzusammenführung anzustreben, und das Personal in den Botschaften, sowie beim Bundesamt deutlich aufzustocken. Trotz der gegenwärtigen Situation auf dem Mittelmeer hat die Große Koalition unseren Antrag abgelehnt. Hier könnt Ihr meine Bundestagsrede und unseren Antrag nachlesen: <http://gruenlink.de/xw0>

Bundestagsantrag
zur Aufnahme
syrischer
Flüchtlinge

Statt sich zu legaler Zuwanderung zu bekennen, gibt es für die Frontex-Missionen Triton und Poseidon mehr Geld. Das bedeutet, dass weiter der Grenzschutz, nicht aber die Lebensrettung gestärkt wird. Auch die militärische Phantasterei zur Schlepperbekämpfung ist halbgar und wird mit ziemlicher Sicherheit ins Leere laufen. Hier findet Ihr meine Rede im Bundestag und unseren Bundestagsantrag zum Thema: <http://gruenlink.de/xvu>

Bundestagsantrag
zur EU Flücht-
lingspolitik und
Seenotrettung

Menschenrechte

Kleine Anfrage zur Rückführung Asylsuchender in die Ukraine

Trotz nachweislicher völkerrechtswidriger Zurückweisungen von Schutzsuchenden in die Ukraine durch EU-Mitgliedsstaaten sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf, diese Menschenrechtsverletzungen in den entsprechenden EU-Gremien zu thematisieren. Auch hält sie an dem Rückübernahmeabkommen mit der Ukraine fest, was angesichts des Krieges in Teilen der Ukraine und den rund 1,15 Mio. Binnenflüchtlingen im Land einem menschenrechtlichen Armutszeugnis gleichkommt. Die Kleine Anfrage findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/xvy>

Kleine Anfrage zu Menschenrechten in Eritrea

"Fluchtursachen bekämpfen" ist eine der Lieblingsforderungen der Bundesregierung. Tatsächlich aber bleibt sie in der Außen- und Entwicklungspolitik tatenlos, wie sich am Beispiel Eritreas, einem der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen, zeigt. So sieht die Bundesregierung die Bekämpfung von Fluchtursachen primär in Eritreas eigener Verantwortung. Fehlanzeige wenn es um Perspektiven für eine neue Politik gegenüber Eritrea in Sachen Menschenrechtspolitik oder wirtschaftlichen Reformen geht. Die Kleine Anfrage findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/xvz>

Reise nach Jordanien und in den Libanon

Sowohl in Jordanien als auch im Libanon erscheint die Aufnahmekapazität für syrische Flüchtlinge weit überschritten. Die meisten Flüchtlinge leben in Zeltsiedlungen, haben mit hohen Mietpreisen, mangelnder Gesundheitsversorgung, fehlendem Zugang zu Bildung sowie zunehmender Diskriminierung im Gastland zu kämpfen. Besonders im Libanon droht eine „verlorene Generation“ heranzuwachsen, da von 350.000 Kindern im Schulpflichtigen Alter nur etwa 1/3 eine Schule besuchen können. Den Bericht über meine Reise findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/xw1>

Flüchtlingspolitische Reise mit Joachim Gauck nach Malta

Im April durfte ich Bundespräsident Gauck auf eine flüchtlingspolitische Reise nach Malta begleiten. Als kleinstes EU-Mitgliedsland nimmt Malta zwar die meisten Flüchtlinge auf, steht aber aufgrund der ausnahmslosen mindestens 1-jährigen Inhaftierung aller ankommenden Schutzsuchenden zu Recht massiv in der Kritik. Es ist nicht vereinbar mit der europäischen Menschenrechtskonvention Minderjährige, Schwangere oder besonders Schutzbedürftige zu inhaftieren – dies jedoch gehört zum Alltag von Flüchtlingen auf Malta.

